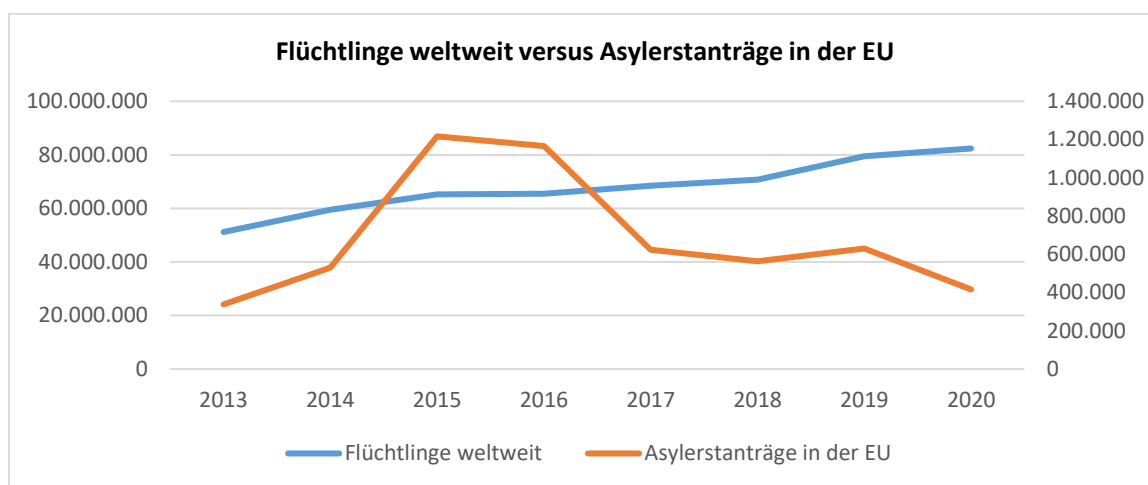


18. Juni 2021

Weltflüchtlingstag 2021: Bilanz des Grauens - Europa und Deutschland entziehen sich ihrer Verantwortung!

Während die Zahl der Flüchtlinge weltweit im Jahr 2020 auf ein neues trauriges Rekordhoch gestiegen ist, entziehen die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich immer mehr ihrer Verantwortung.

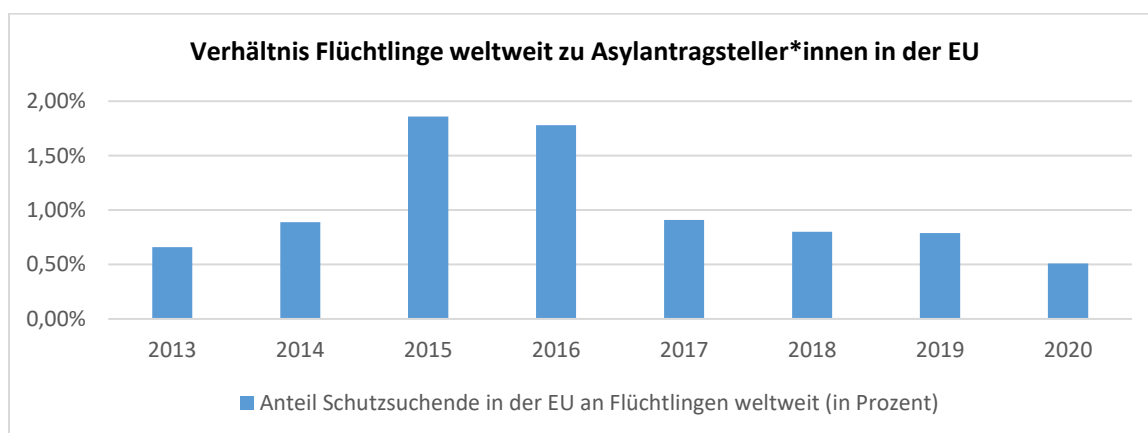
Von den 82,4 Millionen Menschen, die nach Angaben des UNHCR Ende 2020 wegen Krieg, Verfolgung, Gewalt und Existenzbedrohung ihre Heimat verlassen mussten, konnten im Jahr 2020 ganze 416.000 Personen in Europäischen Union einen Antrag auf Asyl stellen - so wenige wie zuletzt im Jahr 2013.



Quelle: UNHCR (Flüchtlingzahlen) und EUROSTAT (Antragszahlen)

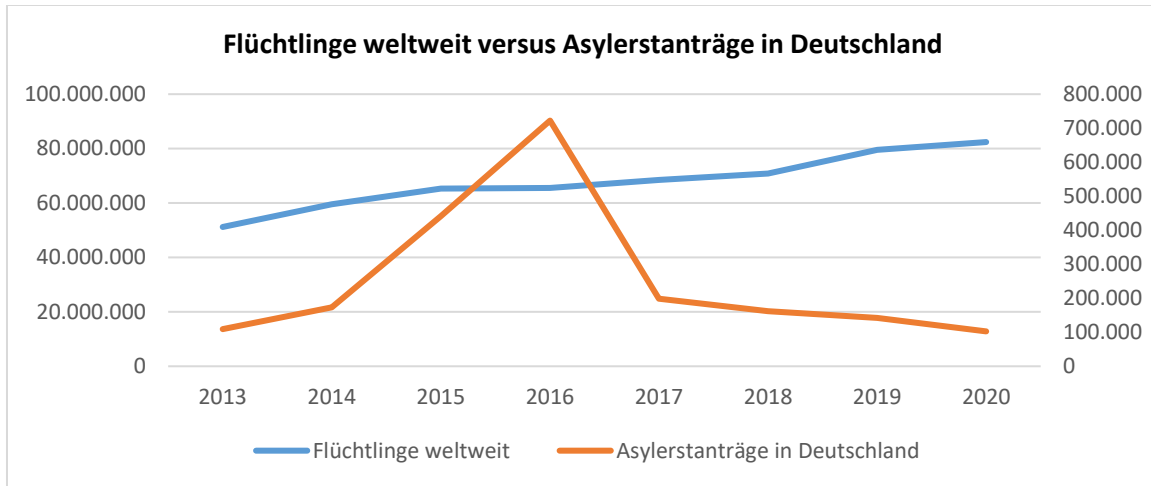
1

Flüchtlingsfeinden, die das Angstnarrativ von Europa als dem Hauptzielgebiet der weltweiten Fluchtmigration befeuern und damit Stimmung gegen diejenigen Menschen machen, die auch aufgrund unserer Art zu leben, zu wirtschaften und zu konsumieren zur Flucht gezwungen werden, setzen wir die realen Zahlen gegenüber: Im Jahr 2020 beantragten gerade einmal 0,51 Prozent der Menschen auf der Flucht Schutz in der Europäischen Union - der niedrigste Wert seit 2013 in der Staatengemeinschaft, in der knapp 6 Prozent der Weltbevölkerung leben!



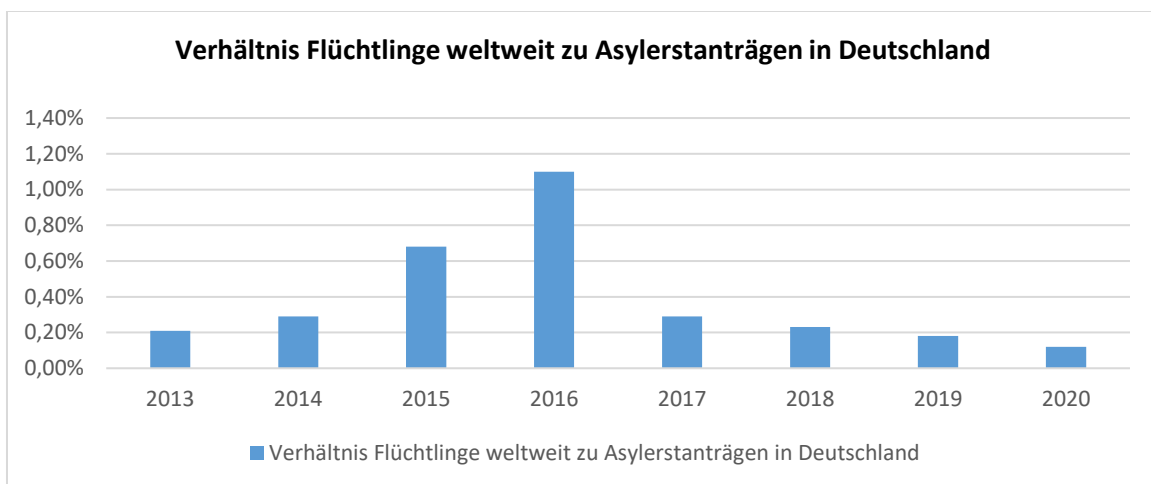
Quelle: UNHCR (Flüchtlingzahlen) und EUROSTAT (Antragszahlen) – eigene Berechnungen

Auch der Blick auf die diesbezüglichen Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland ergibt kein anderes Bild. Hier unterschreitet die Zahl der Asylanträge im vergangenen Jahr sogar die Zahl der Asylersanträge im Jahr 2013.



Quelle: UNHCR (Flüchtlingszahlen) und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Antragszahlen)

Nur 0,12 Prozent der Menschen, die Ende 2020 weltweit auf der Flucht waren, haben im Jahr 2020 einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Niemals seit 2013 war dieser Wert so niedrig wie im vergangenen Jahr. Zur Einordnung: Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland macht ca. ein Prozent der gesamten Weltbevölkerung aus.



Quelle: UNHCR (Flüchtlingszahlen) und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Antragszahlen)

Die kontinuierlich sinkenden Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa bei gleichzeitig kontinuierlich steigenden weltweiten Flüchtlingszahlen sind das Ergebnis der seit 2016 von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten praktizierten und immer weiter perfektionierten Abschottungs- und Abschreckungspolitik.

Menschen ertrinken im Mittelmeer und streben in Transitstaaten!

Mit furchtbaren Folgen: Mindestens 21.000 Flüchtlinge auf dem Mittelmeer und noch sehr viel mehr Schutzsuchende in den Transitstaaten jenseits des Mittelmeers haben seit 2014 ihr Leben verloren,

- weil staatliche europäische Seenotrettung unterlassen wird;
- weil zivilgesellschaftliche Seenotrettung behindert und kriminalisiert wird;
- weil mit diktatorischen Regimen kooperiert wird, um Flüchtlinge von europäischem Boden fernzuhalten.

Und weil die wenigen verbleibenden sicheren und legalen Zugangswege nach Europa nicht geöffnet, sondern verschlossen werden.

Zusagen zur Übernahme von Flüchtlingen aus Erstaufnahmeländern werden nicht eingehalten!

Die Bundesregierung hatte sich gegenüber dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) dazu verpflichtet, im vergangenen Jahr insgesamt 5.500 Flüchtlinge unmittelbar aus Erstzufluchtsländern wie z.B. Ägypten, Jordanien oder dem Libanon aufzunehmen (*Resettlement*). Tatsächlich übernommen wurden jedoch lediglich 1.178 Personen.

Der Verweis der Bundesregierung auf Einreisebeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie als wesentlicher Grund überzeugt nicht. Die Grenzen überschreitende Einreise hunderttausender Erntehelfer*innen auch zu Hochzeiten der Pandemie macht deutlich, wo Prioritäten gesetzt wurden und was bei entsprechendem politischem Willen möglich gewesen wäre.

Starke zivilgesellschaftliche Bewegung für Solidarität und gegen Abschottung!

Während und weil die Europäische Kommission und die Bundesregierung Hilfeleistung gegenüber Schutzsuchenden unterlassen und so die Werte der Grundrechtecharta und des Grundgesetzes mit Füßen treten, hat sich eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung formiert, die dem nicht tatenlos zuschauen will: Nichtregierungsorganisationen retten Menschen auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken, über 250 Städte und Kommunen bundesweit - darunter auch mindestens 13 aus Rheinland-Pfalz - haben sich zu „sicheren Häfen“ erklärt und so ihre Bereitschaft bekundet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Landesregierung muss sich entscheiden!

Die neue rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer „humanitär ausgerichteten Flüchtlingspolitik“ verpflichtet. Angesichts der derzeitigen Situation muss sie - wenn sie diese Selbstverpflichtung ernst nimmt - Position beziehen und sich zwischen der Verweigerungshaltung von Europäischer Kommission und Bundesregierung und der Bereitschaft Hunderttausender zur Solidarität entscheiden.

Sie hat eine sehr konkrete Handlungsmöglichkeit: In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grüne und FDP einen Prüfauftrag für ein Landeaufnahmeprogramm von Flüchtlingen verankert. Dieser Prüfauftrag kann angesichts der heute veröffentlichten Weltflüchtlingszahlen und der menschenunwürdigen und menschenrechtswidrigen Situation vor den Toren und an den Rändern Europas nur zu einem einzigen Ergebnis führen:

WEIL MENSCHLICHKEIT UND SOLIDARITÄT ES GEBIETEN: LANDESAUFNAHME JETZT!